

# Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes

---

BESTANDSAUFNAHME THÜRINGEN

Erfurt, 01.06.2020

Autorin: Heike Würstl, M. A.

THÜRINGER MINISTERIUM FÜR INNERES UND KOMMUNALES | LANDESPRÄVENTIONS RAT THÜRINGEN

## Gliederung

1	Einleitung	2
2	Gewaltbegriff	4
3	Gewaltentwicklung in Deutschland und Thüringen	5
3.1	Amtliche Statistiken	5
3.2	Dunkelfeldforschung	9
3.3	Kriminalitätsfurcht	11
4	Erklärungen für Gewalt gegen Einsatzkräfte	12
4.1	Allgemeine Gewalterklärungen	12
4.2	Gewalt von Hilfsbedürftigen	13
4.3	Gewalt von indirekt Betroffenen und Unbeteiligten	14
4.4	Verhalten der Einsatzkräfte	15
4.5	Laufende Forschungsprojekte	16
5	Handlungsempfehlungen und Prävention	18
5.1	Stärkung von Handlungskompetenzen	18
5.2	Technischer Schutz	18
5.3	Zusammenarbeit	19
5.4	Öffentlichkeitsarbeit	19
6	Fazit	20
6.1	Entwicklung des Gewaltgeschehens	20
6.2	Entstehung von Gewalt	21
6.3	Handlungsempfehlungen und Prävention	22
6.4	Ausblick	23
	Literatur	25

# 1 Einleitung

Im politischen und öffentlichen Diskurs wird beklagt, dass Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes zunehmend körperlichen und verbalen Angriffen während ihrer Dienstausbung ausgesetzt sind. Der Gesetzgeber reagiert darauf, in dem er 2011 die Straftatbestände der §§ 113 und 114 StGB ausweitete, so dass Feuerwehrangehörige und Rettungskräfte nun auch unter deren Schutzbereiche fallen. 2017 beschloss der Bundestag eine weitere Gesetzesänderung. Die Behinderung jedweder hilfeleistenden Person in Unglücksfällen wurde unter Strafe gestellt. Damit soll der Schutz von Vollstreckungsbeamten und gleichgestellten Personen sowie Hilfskräften von Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst gestärkt werden. (Neufassung der §§ 113, 114, 115 StGB)

Der Landespräventionsrat Thüringen wurde zu Beginn des Jahres 2019 damit beauftragt, die Situation in Thüringen zu bewerten und gegebenenfalls Präventionsmaßnahmen zu entwickeln, um thüringische Einsatzkräfte vor gewalttätigen Übergriffen besser zu schützen. Im Sinne einer evidenzbasierten Prävention<sup>1</sup> werden in einem ersten Schritt empirische Daten und Befunde zu kriminogenen und präventiven Faktoren sowie gewalttheoretische Erklärungen für das Auftreten von Übergriffen erhoben. Die Beantwortung folgender Fragen steht dabei im Mittelpunkt:

1. Wie hat sich Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes in den letzten zehn Jahren bundes- und thüringenweit entwickelt?
2. Wie wird Gewalt gegen Einsatzkräfte wissenschaftlich erklärt?
3. Welche Präventionsmaßnahmen werden vorgeschlagen?

Einleitend wird auf Begriffskonzepte von Gewalt eingegangen. Untersuchungen und amtliche Daten basieren auf zum Teil unterschiedlichen Gewaltbegriffen, die es bei der Auswertung zu berücksichtigen gilt. Die Darstellung der einzelnen Konzepte er-

---

<sup>1</sup> Evidenzbezogene Prävention meint einen wissenschaftlich belegten Zusammenhang zwischen Präventionsansatz und angestrebten Zielen.

folgt lediglich überblickartig. Im Kapitel zur Gewaltentwicklung werden amtliche Statistiken, Dunkelfeldforschungen und Untersuchungen zur Kriminalitätsfurcht betrachtet. Es schließen sich sozialwissenschaftliche Erklärungen für das Auftreten von Gewalt durch Hilfsbedürftige, indirekt Betroffenen und Unbeteiligte an. Auch Einflussfaktoren, die auf das Verhalten der Einsatzkräfte zurückzuführen sind, werden beleuchtet. Im Kapitel „Handlungsempfehlungen und Prävention“ werden vorgeschlagene Maßnahmen zur Vorbeugung von Angriffen dargestellt. Zum Abschluss werden die Befunde bewertet, Erkenntnislücken identifiziert und Schlüsse für zukünftiges Handeln abgeleitet.

Derzeit erfolgt die Auswertung einer thüringenweiten Befragung von Einsatzkräften zu ihren Gewalterfahrungen. Die Ergebnisse werden zeitnah veröffentlicht.

## 2 Gewaltbegriff

Unterschiedliche Gewaltbegriffe in Wissenschaft, Verwaltung und Alltag erschweren den Austausch über das Ausmaß der Übergriffe auf Einsatzkräfte. Forschungsergebnisse, amtliche Statistiken und Aussagen im öffentlichen Raum lassen sich nicht uneingeschränkt vergleichen und aufeinander beziehen, da ihnen häufig verschiedene Gewaltdefinitionen zu Grunde liegen.

In der Gewaltforschung werden grundsätzlich zwei Begriffsgruppen unterschieden. Der enge Gewaltbegriff beinhaltet ausschließlich körperliche Angriffsformen. Werden darüber hinaus auch bestimmte Gesten, Mimik, Sprache oder soziale Ungleichheitsstrukturen als Gewalt definiert, wird von einem weiten Gewaltbegriff gesprochen. Beide Termini beziehen sich in unterschiedlicher Weise auf den Körper. Während der enge Gewaltbegriff eher auf die Form der Ausübung abzielt, stehen beim weiten Begriffskonzept die psychosomatischen Folgen im Fokus.

Die Stärke enger Begriffskonzepte liegt in ihrer klaren Abgrenzbarkeit. „Den Gewaltbegriff auf physische Aktionen zu begrenzen, hat den Vorteil, dass man so einen recht klar umrissenen Gegenstand hat“, so der Gewaltforscher Thomas Hoebel (2019). Nicht-körperliche Angriffsformen sind unbestimmter. Sie werden maßgeblich von normativen Erwartungen der Gesellschaft und der Vulnerabilität der Betroffenen beeinflusst. Da das Merkmal „Körperbezug“ Gewalt nicht hinreichend von beispielsweise spielerischen Handlungsformen abgrenzt, kommen häufig schädigende Handlungsabsichten oder -motive als weitere Bedingung hinzu. Dies stellt sich als problematisch dar, weil Motive volatil sind, d. h. sich von Situation zu Situation sehr schnell ändern können, so Hoebel (vgl. ebd.). Darüber hinaus implizieren sie die Vorstellung, es gäbe einen Täter, der Gewalt ausübt, und ein Opfer, welches Gewalt erfährt. Gewalt ist jedoch ein interaktiver Prozess, der eine Eigendynamik entwickelt.

In dieser Abhandlung werden Erklärungen, Daten und Befunde berücksichtigt, die körperliche Angriffsformen implizieren. Verbale, psychische oder strukturelle Gewalt wird nur am Rande betrachtet. Im folgenden Kapitel werden die statistischen Daten und Forschungsergebnisse über die Gewaltentwicklung ausgewertet.

## 3 Gewaltentwicklung in Deutschland und Thüringen

Um Aussagen jenseits der subjektiven Wahrnehmung über das quantitative und qualitative Ausmaß von Gewalt gegen Einsatzkräfte treffen zu können, bedarf es empirischer Daten. Deshalb werden nachfolgend amtliche Statistiken und Forschungsberichte im Hinblick auf die Beantwortung der Frage nach der Entwicklung des Gewaltgeschehens ausgewertet.

### 3.1 Amtliche Statistiken

Amtliche Statistiken dienen administrativen Zwecken, die eher etwas über die bürokratische Bearbeitung eines Phänomens als über das Phänomen selbst aussagen. Insofern ist ihre Aussagekraft im Rahmen einer wissenschaftlichen Betrachtungsweise stark eingeschränkt. Als Datenquellen können die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die Unfallstatistik der gesetzlichen Unfallversicherung und amtliche Meldestatistiken herangezogen werden.

Die gesetzliche Unfallversicherung erfasst meldepflichtige Arbeitsunfälle durch Einwirkung physischer und psychischer Gewalt, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge haben. Aufgrund der zeitlichen Einschränkung wird ein Großteil der niederschweligen Angriffe nicht erfasst, so dass diese Statistik keinen Erkenntnisgewinn für die Beantwortung der Untersuchungsfrage erwarten lässt. Das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales führt eine Meldestatistik über Angriffe auf Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes. Da diese durch die Einsatzkräfte unzureichend bedient wird, lässt sich auch aus ihr nicht auf die tatsächliche Gewaltentwicklung schließen. Die Strafverfolgungsstatistik scheidet als Erkenntnisquelle aus, da sie keine spezifische Opfererfassung für Einsatzkräfte vornimmt. Bedingt verwertbar ist lediglich die PKS.

In der PKS werden alle Fälle erfasst, in denen die Polizei aufgrund eines Anfangsverdachts einer Straftat Ermittlungen einleitet. Hierunter fallen auch Verfahren, die die Staatsanwaltschaft später einstellt, weil sich das angezeigte Verhalten als nicht strafbar erweist oder nicht bewiesen werden kann. Seit 2011 werden Angehörige von

Feuerwehr und Rettungsdienst als spezifische Opfergruppe erfasst, so dass statistische Daten über ihre Kriminalitätsbelastung vorliegen.<sup>2</sup>

In der PKS werden Straftatbestände erfasst, die verschiedene Formen von Gewalt beinhalten. Delikte, die unter dem Schlüssel „Gewaltkriminalität“ gefasst werden, sind u. a. Tötungs-, Sexual- und Raubdelikte sowie schwere Formen von Körperverletzungen. Einfache Körperverletzungen, die vermutlich die häufigste Angriffsform bilden, werden nicht unter dieser Kategorie subsumiert. Insofern ist der PKS-Schlüssel „Gewaltkriminalität“ für die Befunderhebung kaum geeignet. Aufschlussreicher sind die Daten zu einfachen, gefährlichen und schweren Körperverletzungen.

Unter einer einfachen Körperverletzung versteht der Gesetzgeber die Verletzung der körperlichen Unversehrtheit, die Herbeiführung von Unwohlsein oder eine Beeinträchtigung des körperlichen Wohlbefindens. Leichte Schläge und Tritte, Schubsen oder Anspucken sind in der Regel unter diesen Tatbestand zu fassen. Werden die gesundheitlichen Beeinträchtigungen aus einer Gruppe heraus, unter zu Hilfenahme einer Waffe oder eines gefährlichen Werkzeugs (z. B. Messer, Stein, Knüppel), durch Verabreichung einer giftigen Substanz, in Form eines hinterlistigen Überfalls oder in einer das Leben gefährdeten Art und Weise begangen, liegt eine gefährliche Körperverletzung vor. Von schwerer Körperverletzung wird gesprochen, wenn das Opfer dauerhafte Folgeschäden davonträgt.

Um herauszufinden, ob der Trend bei den Einsatzkräften mit der gesamtgesellschaftlichen Gewaltentwicklung einhergeht, werden zunächst die allgemeinen Fallzahlen interpretiert. Im bundesweiten Vergleich zeigt sich, dass sie mit Ausnahme des Jahres 2016 bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungen seit 2007 sinken. Bei den einfachen Körperverletzungen ist bis zum Jahr 2012 ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen. Danach sinken sie mit Ausnahme von 2016. Der zwischenzeitliche Anstieg kann mit der starken Zuwanderung von Geflüchteten Ende 2015/2016 in Zusammenhang stehen.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Eine Erfassung erfolgt, wenn die Motivation des Täters in Zusammenhang mit dem Beruf der Einsatzkraft gesehen wird.

<sup>3</sup> Pfeiffer/Baier/Kliem weisen darauf hin, dass Geflüchtete nicht per se gewalttätiger sind, sondern dass die männlich dominierende Geschlechterzusammensetzung, die häufig gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen in den Herkunftsländern, die höhere Anzeigebereitschaft gegenüber Flüchtlingen, eine fehlende Bleibeperspektive und die Lebensbedingungen der Geflüchteten Gründe für den Anstieg der Fallzahlen sind (vgl. 2018: 71ff.).

Für Thüringen zeigt sich in den letzten fünf Jahren eine ähnliche Entwicklung. Eine Abweichung vom bundesweiten Trend besteht im Jahr 2018. Hier steigen die Fallzahlen geringfügig.

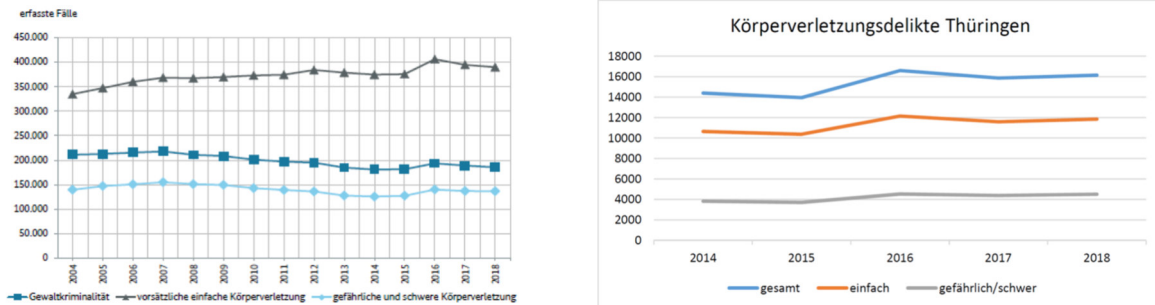


Abb. 1: Entwicklung der Fallzahlen von Körperverletzungen in Bund und Thüringen (vgl. BMI 2018: 29 und TMIK 2019: 17f.)

Seit 2011 werden Einsatzkräften als spezifische Opfergruppe erfasst. Aussagen über vorherige Entwicklungen sind nicht möglich. Bei der Deutung der Fallzahlen in Thüringen gibt es zwei Besonderheiten, die Verzerrungseffekte zur Folge haben können. Im Jahr 2018 wurde der neue Straftatbestand „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen“ (§§ 114, 115 StGB) eingeführt. Diese neue Strafrechtsnorm verursachte eine Verschiebung der Zahlen weg von den Körperverletzungsdelikten hin zum neuen Tatbestand. Für das Jahr 2018 waren unter diesem Deliktschlüssel 23 Fälle in der PKS Thüringen erfasst. 2019 wurde in der Thüringer Polizei ein neues elektronisches Vorgangsbearbeitungssystem eingeführt. Der Rückgang der Zahlen steht möglicherweise mit anfänglichen System- und Bedienfehlern in Zusammenhang.

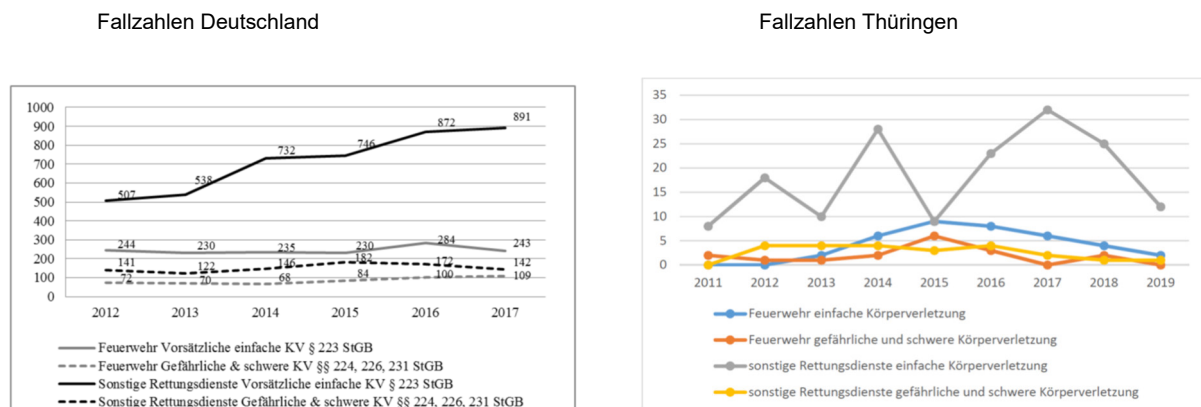


Abb. 2: Entwicklung der Fallzahlen von Körperverletzungen zum Nachteil von Bediensteten der Feuerwehr und des Rettungsdienstes in Bund und Thüringen. (vgl. Rau/Leuschner 2018: 319 und PKS Thüringen)



Die bundesweite Grafik lässt unterschiedliche Entwicklungen erkennen. Während einfache Körperverletzungen gegen Rettungsdienste kontinuierlich steigen, bewegen sie sich bei Angehörigen der Feuerwehr auf einem relativ stabilen, niedrigen Niveau. Die Fallzahlen in den Delikten gefährliche und schwere Körperverletzung sind mit Ausnahme kleinerer Schwankungen sowohl im Rettungsdienst als auch bei der Feuerwehr gleichbleibend.

Bei den Bedrohungen (hier nicht abgebildet) zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei den einfachen Körperverletzungen. Die Fallzahlen sind insgesamt sehr gering. Rettungskräfte werden häufiger bedroht als Feuerwehrangehörige. Bei beiden Berufsgruppen ist in den letzten sechs Jahren ein Anstieg zu verzeichnen. (vgl. Rau/Leuschner 2018: 318)<sup>4</sup>

Die sehr geringen Fallzahlen für Thüringen erschweren die Interpretation der Daten. Kleine Fallzahlen können zu extremen Ausschlägen – hier gut sichtbar am Zickzackverlauf der Kurve für die einfachen Körperverletzungen bei Rettungsdiensten – und statistischen Fehlinterpretationen führen.

Erkennbar ist jedoch auch hier, dass in Thüringen der Rettungsdienst stärker von körperlichen Angriffen betroffen ist als die Feuerwehr. Zwischen 2015 und 2017 ist ein kontinuierlich starker Anstieg einfacher Körperverletzungsdelikte zu verzeichnen. Inwiefern sich dieser Trend in den Folgejahren reproduziert, bleibt aufgrund der angesprochenen möglichen administrativen Verzerrungseffekte unklar.

Aus dem Anstieg der Fallzahlen der PKS lässt sich nicht ohne Weiteres schließen, dass Gewaltstraftaten gegen Einsatzkräfte angestiegen sind. Die Zahlen müssen in Relation gesetzt werden, um Fehlschlüsse zu vermeiden. Dafür geeignet wären die Parameter Personalstärke und Einsatzanzahl.

Zur Personalsituation im Rettungswesen liegen keine recherchierbaren Daten vor. Betrachtet man die Zahlen der Rettungseinsätze in Thüringen in den Jahren 2010 bis 2016, zeigt sich ein deutlicher Anstieg.

---

<sup>4</sup> Der Anstieg im Bereich der Bedrohungen könnte auf eine gestiegene Gewaltbereitschaft hinweisen, was mit den Ergebnissen einer Befragung zur generellen Gewaltbereitschaft und –billigung in der deutschen Bevölkerung einhergehen würde. Diese hatten zwischen 2009 bis 2014 deutlich zugenommen. (vgl. Zick 2019a)

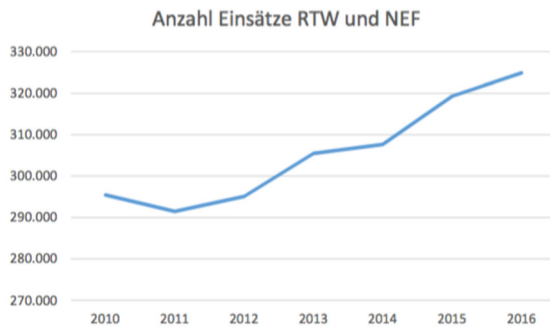


Abb. 3: Rettungseinsätze von Rettungstransportwagen (RTW) und Notarzteinsetzfahrzeug (NEF) in Thüringen (vgl. Thüringer Landtag, Kleine Anfrage 6/4923)

Die Zunahme an einfachen Körperverletzungen könnte somit auch dem Anstieg der Einsatzzahlen geschuldet sein. Aus ihr lässt sich nicht zwingend auf eine zunehmende Gewaltbereitschaft in der Bevölkerung schließen.

### 3.2 Dunkelfeldforschung

Dunkelfeldstudien erfassen im Gegensatz zur PKS auch behördlich nicht registrierte Kriminalität. Für die Befunderhebung wird auch hier zunächst die Gesamtgesellschaft als Vergleichsgröße betrachtet.

Laut Viktimisierungssurvey 2017 wurden 3 % der deutschen Bevölkerung innerhalb eines Befragungszeitraums von einem Jahr Opfer einer Körperverletzung. Dies stellt gegenüber 2012 einen Anstieg um 0,3 % dar. In Thüringen waren in 2017 2,8 % der Einwohner betroffen (2012: 2,7 %). Die Anzeigequote für Körperverletzungsdelikte betrug bundesweit 37 %. Das heißt, fast zwei Drittel aller Taten wurden nicht angezeigt. (vgl. Birkel 2019: 18f., 40)

Für die Einsatzkräfte führten Rau/Leuschner im Jahr 2018 eine Metastudie durch. Sie verglichen die Ergebnisse aller bis dahin durchgeführten empirischen Untersuchungen zum Phänomenbereich. Weder für Deutschland noch für Thüringen gibt es einschlägige Forschungsergebnisse. Es wurden einige wenige, regional begrenzte Untersuchungen durchgeführt, die auch aufgrund der zum Teil unterschiedlichen Gewaltbegriffe nur eingeschränkt miteinander vergleichbar sind. Die Autoren kamen zum Ergebnis, dass laut dieser Studien jährlich zwischen 13 % (Hessen 2014) und 84 % (NRW 2018) der Einsatzkräfte körperlich angegriffen werden. Verbale Gewalt

tritt weitaus häufiger auf. Hiervon sind zwei Drittel bis alle Bediensteten betroffen. Bei allen Problemen bezüglich der Vergleichbarkeit der Zahlen mit denen des Viktimisierungssurveys zeigt sich bei Einsatzkräften eine deutlich stärkere Kriminalitätsbelastung.<sup>5</sup>

Rau/Leuschner arbeiten folgende studienübergreifende Merkmale zu den gewalttätigen Übergriffen heraus:

- Die **Angriffe** finden eher in städtischen und selten in ländlichen Gebieten, zu meist in den Abend- und Nachtstunden sowie an den Wochenenden, verstärkt bei Eintreffen und Diagnosestellung, eher im Rettungs- als im Löscheinsätzen und meist überraschend statt.
- Die **Angreifer** sind meist Hilfesuchende/Patienten oder deren Angehörige. Sie sind mehrheitlich männlich, zwischen 20 und 39 Jahre alt und häufig intoxiziert. Psychische Erkrankungen und ein Migrationshintergrund kommen gemessen an ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung häufiger vor.
- **Opferspezifiken** gibt es keine. Es werden junge und alte, diensterefarene und -unerfarene, männliche und weibliche Einsatzkräfte gleichermaßen angegriffen. In allen Studien wird von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen. Etwa die Hälfte der Bediensteten fühlt sich schlecht auf Angriffe vorbereitet.
- Als **Handlungsempfehlungen** im Umgang mit Gewalt werden Aus- und Fortbildungsangebote (*operative* Kompetenzen in Kommunikation, Deeskalation und Selbstverteidigung), die Verbesserung personeller und technischer Ressourcen und Mittel, eine stärkere Zusammenarbeit mit der Polizei, eine verbesserte Erfassung und Berichterstattung sowie eine offensive Kommunikation der Gewalterfahrung nach innen und außen diskutiert.

Eine weitere Untersuchung, die in der Meta-Studie von Rau/Leuschner noch nicht berücksichtigt werden konnte, wurde 2018 an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung durchgeführt. Die Onlinebefragung bestätigt im Wesentlichen die bekannten Befunde. Darüber hinaus zeigt sich, dass ein Viertel aller Angriffe in Situationen stattfindet, in denen bereits Gewalt im Spiel war. (vgl. Lorei u. a. 2019)

---

<sup>5</sup> Ein Vergleich zwischen den Zahlen des Viktimisierungssurveys und der Dunkelfeldstudien ist nur eingeschränkt möglich, da sich die Stichproben in ihrer Zusammensetzung voneinander unterscheiden.

### 3.3 Kriminalitätsfurcht

Statistiken bilden nicht die empirische Wirklichkeit des Einzelnen ab, sondern die einer sozialen Kategorie. Die gefühlte Bedrohung durch Gewalt unterliegt weniger objektiven und statistischen Faktoren. Vielmehr wird sie beeinflusst von persönlicher oder indirekter Opferwerdung, der Selbsteinschätzung der eigenen Abwehrfähigkeit, der Wahrnehmung von Anzeichen einer gesellschaftlichen Verwahrlosung, eines sozialen Kontrollverlusts, sozialer oder politischer Probleme und einer schlechten Wohn- und Lebensqualität. Werden Situationen als real definiert, können sie auch reale Folgen haben (Thomas-Theorem). Wer sich als gefährdet wahrnimmt, vermeidet oder zeigt möglicherweise Verhaltensweisen, die Übergriffe erst auslösen können.

Laut Viktimisierungssurvey befürchten 18 % (2017) der deutschen Bevölkerung, Opfer einer Körperverletzung zu werden. Tatsächlich waren im Vorjahr jedoch nur 3 % betroffen (vgl. Birkel 2019: 57). In einer empirischen Untersuchung von Feltes/Weigert reproduziert sich dieses Ergebnis bei den Einsatzkräften. 18 % der befragten Feuerwehr- und Rettungsdienstmitarbeiter\*innen aus NRW befürchten, im kommenden Jahr einen körperlichen Angriff zu erleben. (vgl. 2018: 60). Zumindest für NRW lässt sich sagen, dass sich die überwiegende Mehrheit der Einsatzkräfte im Berufsalltag sicher fühlt und dass sich ihre Furcht, Opfer einer Körperverletzung zu werden, statistisch nicht von der in der Gesamtbevölkerung unterscheidet.

## 4 Erklärungen für Gewalt gegen Einsatzkräfte

### 4.1 Allgemeine Gewalterklärungen

Gewalt wird mit situationsäußeren und -inneren Bedingungsfaktoren erklärt. Während sich klassische Ansätze eher mit situationsübergreifenden Gewaltursachen auseinandersetzen (Warum-Fragen), beschreiben neuere Theorien konkrete Gewaltdynamiken (Wie-Fragen).

Hoebel/Knöbl resümieren, dass Gewalt entweder mit bestimmten Motiven, Situationen oder Konstellationen erklärt wird. Motive sind problematisch, weil sie schwer zugänglich sind, häufig wechseln und eher in Motivbündeln als alleine auftreten. Situative Ansätze zeigen, dass Täter selten zweckrational und planvoll vorgehen und viele Menschen durchaus Gewaltmotive besitzen, ohne jemals gewalttätig zu werden.<sup>6</sup> Sie vernachlässigen jedoch strukturelle Bedingungen und individuelle Verantwortlichkeiten. Konstellationen können nicht hinreichend erklären, warum Menschen, die in ähnlichen strukturellen Verhältnissen leben, in unterschiedlichem Maß gewalttätig werden bzw. friedfertig bleiben. Keine der drei Erklärungsheuristiken könne ohne Rückgriff auf eine andere eine umfassende Erklärung liefern. Als Ausweg aus diesem Dilemma schlagen die Autoren vor, die einzelnen Handlungselemente in ihrer zeitlichen Abfolge und Ereignisverkettung unter Bezug auf aktuelle Motivlagen sowie Situations- und Kontextmerkmale zu analysieren. (vgl. 2019) Sutterlüty kritisiert an diesem Weg, dass bei solchen ereignissequenzierten Fallanalysen die Rolle von Vergleichsanalysen unterschätzt werde. Die Vielschichtigkeit von Gewalt erfordere je nach Gewaltform unterschiedliche Erklärungsansätze. (vgl. 2019)

Um Gründe für das Auftreten von Gewalt gegen Einsatzkräfte zu eruieren, werde ich zwischen verschiedenen Typen von Beteiligungsformen differenzieren. Je nachdem, ob Einsatzkräfte durch einen Hilfsbedürftigen, einen von einer Hilfeleistung indirekt Betroffenen oder einen Unbeteiligten angegriffen werden, erscheint die Erklärungskraft der einzelnen Heuristiken unterschiedlich stark zu sein. Auch das Verhalten der Rettungskräfte hat Einfluss auf die Gewaltentstehung bzw. -entwicklung.

---

<sup>6</sup> Beispielsweise führt Collins Gewalt auf die emotionale Schwäche eines Beteiligten zurück, die dem Gegner ermöglicht, in das daraus resultierende Vakuum zu stoßen und seine natürliche Gewalthemmung zu überwinden (vgl. 2011). Für Goffman generiert sich soziales Handeln aus der Interaktionsordnung und nicht aus Absichten. Unter einer Interaktionsordnung versteht er soziale Regeln, die den Austausch bestimmen. Illegitime Gewalt stellt einen Zusammenbruch dieser Ordnung dar. (vgl. 2013)

## 4.2 Gewalt von Hilfsbedürftigen

Der Berufsalltag der Einsatzkräfte ist davon geprägt, stellvertretend für Patienten und Hilfsbedürftige Krisen zu bewältigen, wenn diese nicht mehr selbst dazu in der Lage sind. Solche Krisen können gesundheits-, lebens- oder existenzbedrohlich sein (Brand, Unfall, Erkrankung, Katastrophen etc.). Damit die Hilfeleistung Aussicht auf Erfolg hat, muss der Hilfsbedürftige seine Unfähigkeit zur Problemlösung anerkennen. In der heutigen Kultur, in der Unabhängigkeit und Mündigkeit als Leitbegriffe operieren, dürfte dies zunehmend schwerer fallen (vgl. Paris 2014: 322). Der häufige Alkohol- und Drogeneinfluss der Patienten verschärft mitunter deren Uneinsichtigkeit.<sup>7</sup> Hilfe kann in diesen Fällen als Identitätsbedrohung wahrgenommen werden, auf die mit Gewalt reagiert wird. Der Körper kann mitunter das einzige Mittel sein, um sich seiner Selbstbestimmtheit Gewahr zu werden. Eine Expertenbefragung von Schmidt zeigt, dass die Täter\*innen der Angriffe auf Rettungskräfte nicht die typischen Kriminellen sind, sondern Patienten, die sich hilflos fühlen und nicht verstehen, was gerade mit ihnen passiert (vgl. 2012: 29). Sie vermutet, dass wohl auch deshalb so wenig Angriffe gemeldet werden.

Neben der Anerkennung der eigenen Inkompetenz zur Lösung der Situation bedarf es der Anerkennung der Kompetenz der Helfer. Helfende Berufe sind traditionell mit Amtsautorität ausgestattet und genießen grundsätzlich ein hohes Vertrauen in der Bevölkerung. In Umfragen von Markt- und Meinungsforschungsinstituten rangieren sie meist auf den ersten Plätzen. Beispielsweise befragte der GfK Verein im Herbst 2017 deutschlandweit über 2000 Menschen nach ihrem Vertrauen in verschiedene Berufsgruppen. Feuerwehrleute, Sanitäter und Pflegeberufe schnitten am besten ab. 96 % bewerteten diese Berufe als vertrauenswürdig. Im Vergleich zur Befragung von 2016 bleibt das Vertrauen in die Einsatzkräfte damit stabil hoch. (vgl. GfK Verein 2018) Das Meinungsforschungsinstitut Kantar ging methodisch etwas anders vor. In seiner Untersuchung wurden gut 1000 Wahlberechtigte in Deutschland nach ihrer Meinung, wie viel Respekt eine benannte Berufsgruppe in der Gesellschaft genießt, befragt. Es ging nicht um die eigene Position, sondern um die erwartete Position an-

---

<sup>7</sup> Schätzungsweise mehr als die Hälfte der Angreifer stehen unter Einfluss toxischer Substanzen. (vgl. Rau/Leuschner 2018: 325)

derer. Mit dieser indirekten Befragungsform sollten Effekte der sozialen Erwünschtheit begrenzt werden. In Bezug auf Rettungskräfte antworteten 57 % der Befragten, dass sie glauben, ihnen werde sehr viel bis viel Respekt entgegengebracht. Damit rangiert diese Berufsgruppe hinter Hausärzten, Professoren und Richtern auf Rang vier (von zwölf). Ein Viertel der Befragten glaubt, dass es früher mehr Respekt vor Rettungskräften gab, 15 % denken, der Respekt sei gestiegen. (vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung 2019)

Während den Einsatzkräften in solch abstrakten Umfragen relativ viel Vertrauen entgegengebracht wird, klagen viele Helfer über fehlenden Respekt in konkreten Einsatzsituationen. Pörksen spricht von einem allgemeinen Pulverisieren von Autorität und Ansehen, was er mit der digitalisierten Gesellschaft in Verbindung bringt. Autorität ist angreifbar geworden, weil alles sichtbar ist. Es werde permanent beobachtet, gefilmt und videografiert. Das, was verborgen bleiben soll, werde überbelichtet. Autorität benötige jedoch ein gewisses Maß an Distanz, denn allzu große Nähe und Nahbarkeit entzaubert und profaniert. (vgl. 2019: 92ff.) Die mediale Präsenz von Fehlern und das kollektive Verspotten von Fehlleistungen in den sozialen Medien kann zu einem generellen Autoritätsverlust gegenüber Einsatzkräften führen und das grundsätzliche Vertrauen in die Kompetenz der Helfer nachhaltig schädigen. Wenn aus Autorität resultierende Macht in Gefahr ist, so stellte bereits Hanna Arendt heraus, kann es zum Auftreten von Gewalt kommen (vgl. 1990: 57). Der Einfluss eines möglichen Autoritätsverlusts auf die Gewaltentwicklung im Kontext von Brand-, Rettungs- und Hilfeinsätzen betrifft aber nicht nur Angriffe, die von Hilfsbedürftigen ausgehen, sondern gilt genauso für andere Beteiligtenformen.

### **4.3 Gewalt von indirekt Betroffenen und Unbeteiligten**

Die Durchführung von Hilfeleistungen geht oft mit der Erfordernis einher, den Einsatzort weiträumig abzusperren, um Menschen, die selbst keine Hilfe benötigen, vor Gefahren zu schützen. Indirekt von den Maßnahmen der Einsatzkräfte Betroffene werden so vorübergehend in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Eine Erklärung für Angriffe, die von dieser Personengruppe ausgehen, bietet eine Untersuchung des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Ein Viertel der Bevölkerung glaubt, in der Gesellschaft ginge es um Wettbewerb

(marktförmige Gesellschaftsidee), so der Institutsleiter Andreas Zick. Einzelinteressen haben bei diesen Menschen Vorrang vor allgemeinwohlorientierten Prinzipien. Retter und andere Berufe, die öffentliche Aufgaben erfüllen, werden als Dienstleister wahrgenommen. Liefern sie nicht ab oder stören sie das eigene Erleben, kann es zu Frustration und in dessen Folge zu Aggression kommen. Insbesondere der Straßenverkehr stellt eine individuelle Wettbewerbssituation dar. Wenn der Verkehr stockt, entsteht Frust. (vgl. Zick 2019b)

Allert diagnostiziert der modernen Gesellschaft einen Verlust an Manieren, die den Umgang der Menschen, z. B. im Streit, miteinander moderieren. Den Abweichlern mangelt es an der Fähigkeit zur Perspektivenübernahme und zum hypothetischen Weiterdenken der aktuellen Situation. Handeln wird vom Gegenwartsbezug dominiert. Gründe für diese Entwicklung sieht er im Insistieren auf Souveränität und Autonomie der Person und in einer utilitaristischen, d. h. einer nutzenorientierten, Wahrnehmung sozialer Beziehungen. Höflichkeit gerät in den Verdacht, strategisch täuschend eingesetzt zu werden. Mögliche Folge dessen kann ein generalisiertes Misstrauen gegen parlamentarische Regierungssysteme und staatliche Gewalten sein. (vgl. Allert 2019) Gewalt stellt unter diesen Bedingungen eine Möglichkeit dar, sich authentisch zu geben und sich dem generalisierten Verdacht strategischer Höflichkeit zu entziehen. Insbesondere in Gruppen von Schaulustigen, die eine gute Möglichkeit bieten, sich Anerkennung durch vermeintliche Authentizität zu verschaffen, gewinnt dieser Erklärungsansatz an Bedeutung.

#### **4.4 Verhalten der Einsatzkräfte**

In der Forschungsliteratur wird auch auf fehlende Sensibilität der Einsatzkräfte als Einflussfaktor für die Entstehung von Gewalt hingewiesen. In einer Expertenbefragung von Schmidt thematisieren einzelne Interviewpartner eine gewisse Routine im Sinne von Abgestumpftheit und mangelnde Kommunikation der Einsatzkräfte untereinander sowie mit dem Patienten. Patienten würden sich zum Teil nicht ernst genommen, beleidigt oder gar bedroht fühlen. (vgl. Schmidt 2012: 31) Auch Dressler problematisiert das Verhalten einzelner Rettungskräfte. Sie resümiert: „Mitarbeiter, die über die Jahre abgestumpft sind oder die Sozialkompetenz nicht zu ihren größten Stärken



zählen, haben ein höheres Risiko, mehrfach Ziel von Aggressionen und Gewalthandlungen zu werden.“ (2017: 6) Die gravierenden Angriffe fänden aber meist ohne Eigenanteil der Einsatzkräfte statt.

Neben individuellen kommunikativen Defiziten können auch organisationskulturell geprägte Kommunikations- und Streitstrukturen Gewaltdynamiken negativ beeinflussen. Die wenigen Untersuchungen zur Organisationskultur im Rettungswesen lassen für den Bereich der Feuerwehr eine tendenziell von Dominanz und Unterordnung geprägte interne Kultur vermuten. Yildirim-Krannig/Mähler/Wucholt charakterisieren den Führungsstil innerhalb der Feuerwehr als befehlsgebend (vgl. 2013). Ein Team der Universität Witten/Herdecke kommt zu dem Schluss, dass bestimmte Begriffe, die zum Alltag der Kommunikation innerhalb der Feuerwehr gehören, den Eindruck von paramilitärischen Strukturen erwecken (z. B. „Kameradschaft“, „Trupp“) und eine unter Umständen raue Kommunikation vorherrsche. Es bedürfe mehr Partizipation und Transparenz über die hierarchischen Ebenen hinweg, Führungskräfte, die in Personalführung ausgebildet seien, und einer gelebten Diversität und Offenheit. Die Freiwillige Feuerwehr müsse von ihrem „Jammer-Image“ wegkommen und selbstbewusst und offen auftreten. (vgl. Universität Witten/Herdecke o. J.) Die interne Kommunikationskultur kann zum Problem werden, wenn sie auch im Außenverhältnis wirksam wird. Sowohl ein dominanter als auch ein zurückhaltender Kommunikationsstil kann zu Konflikten führen und die Anwendung von Gewalt befördern.

#### **4.5 Laufende Forschungsprojekte**

An der Deutschen Hochschule der Polizei werden bis Oktober 2021 die Auswirkungen der Gesetzesänderung der §§ 113, 114, 115 StGB auf die betroffenen Akteure und die Strafverfolgungsbehörden im Rahmen eines interdisziplinären Ansatzes qualitativ evaluiert. In Aktenanalysen und problemzentrierte Interviews sollen die möglicherweise divergierenden Perspektiven der Beteiligten zu Tage gefördert werden, um etwaige Kausalzusammenhänge zu identifizieren, die einen Übergriff begünstigen.

[https://www.dhpol.de/departements/departement\\_III/FG\\_III.5/gevore.php](https://www.dhpol.de/departements/departement_III/FG_III.5/gevore.php)

Unter Leitung von Prof. Thomas Kron (RWTH Aachen) werden im Rahmen von Feldforschungen Auslöser und Situationsmerkmale für Gewalt gegen Rettungskräfte untersucht. Es wird der Frage nachgegangen, wann jemand in emotional aufgeladenen Situationen zu Gewalt greift und wann nicht. Anschließend sollen spezifische Präventionsprogramme entwickelt und deren Effekte evaluiert werden.

<https://brf.be/regional/1309235>

An der Universität Paderborn werden im Rahmen eines Forschungsprojektes zu Technik und Diversity u. a. organisationale und soziale Rahmenbedingungen, kollektive Orientierungen und Normen mit Blick auf effiziente, sichere Einsatztechnologien im Feuerwehrwesen identifiziert, die eine gelingende Integration und gleichberechtigte Partizipation heterogener gesellschaftlicher Gruppen fördern oder eben auch behindern können. Es sollen systematische Gegenstrategien auf der Ebene der Organisation wie der Belegschaft entwickelt werden, um die Erreichung der Organisationsziele, v. a. Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen, Prävention, sowie Sicherheit und Sicherheitsempfindungen von Feuerwehrleuten und Bevölkerung, zu unterstützen.

<https://mb.uni-paderborn.de/technikdiversity/projekte/fortesy/projektbeschreibung>

Der Landespräventionsrat Thüringen befasst sich in einer Arbeitsgruppe mit Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes. Um einen Überblick über die Situation in Thüringen zu erhalten, wurde eine schriftliche standardisierte Befragung von Einsatzkräften durchgeführt. Geplant sind auch Interviews mit betroffenen Einsatzkräften, um Typen von Gewaltdynamiken zu rekonstruieren. Eine Veröffentlichung der Ergebnisse ist im Sommer 2020 geplant.

<https://www.lpr-thueringen.de/arbeitsgruppen/gewalt-gegen-einsatzkraefte-der-feuerwehren-und-rettungsdienste/>

## 5 Handlungsempfehlungen und Prävention

In der Literatur werden Präventionsmaßnahmen auf individueller, kollektiver und gesellschaftlicher Ebene diskutiert. Es konnten keine veröffentlichten Evaluationsstudien über deren Wirksamkeit gefunden werden.

### 5.1 Stärkung von Handlungskompetenzen

Etwa die Hälfte der Einsatzkräfte fühlt sich schlecht oder gar nicht auf Konfliktsituationen vorbereitet. Es wird angeraten, Aus- und Fortbildungsangebote zur Entwicklung und zum Ausbau von Kommunikations- und Deeskalationskompetenzen zu schaffen bzw. zu verstärken. Entsprechende Seminare und Trainings sollten praxisnah angelegt sein, operative Kompetenzen fördern und regelmäßig stattfinden. (vgl. Schmidt 2012: 21ff., Rau/Leuschner 2018: 327ff.) Der Auf- und Ausbau des Meldesystems kann als Datengrundlage für eine gezielte Aus- und Fortbildung genutzt werden.

Für inhaltlich bedeutsam werden die Reflexion der eigenen Kommunikation und Körpersprache sowie deren Wirkung gegenüber Dritten, Maßnahmen der Eigensicherung (Wachsamkeit, Gefahrenerkennung, geordneter Rückzug, Selbstverteidigung), Interkulturalität und rechtliche Problematiken erachtet. (vgl. Schmidt/Bannenber 2020: 33, 45) Es sei wichtig, dass sich Rettungskräfte bei aller Alltagsroutine und persönlicher Verfasstheit nicht zu „dummen Sprüchen“ hinreißen lassen und damit Gewalt provozieren und dass sie klar mit dem Patienten kommunizieren sowie die Gründe für ihr Vorgehen erläutern. (vgl. Schmidt 2012: 31). In Bezug auf die Eigensicherung wurde vorgeschlagen, „den Einsatz so zu organisieren, dass sich ein Rettungssanitäter aus der Behandlung des Patienten heraushält und stattdessen die Situation und die beteiligten Personen im Blick behält“. (ebd. 32)

## **5.2 Technischer Schutz**

Maßnahmen technischer Art, wie Kameraüberwachung, Sicherheitsverglasung an Fahrzeugen oder Schutzwesten, werden kontrovers diskutiert. In der Befragung von Schmidt befürworteten lediglich 18 % der Einsatzkräfte das Tragen einer Schutzweste. Es wird kritisiert, dass Schutzausrüstung auch bedrohlich wirken kann.

## **5.3 Zusammenarbeit**

Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes bemängeln häufig fehlende Kenntnisse über die Einsatztaktik der Polizei (vgl. Schmidt/Bannenberg 2020: 45). Eine intensive Zusammenarbeit zwischen den Helfern und eine Sensibilisierung der Rettungskräfte für Geheimhaltungsaspekte polizeilicher Einsatztaktiken können zum besseren gegenseitigen Verständnis beitragen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Informationsvermittlung zwischen Anrufer, Leitstelle und Einsatzkraft. Die Mehrheit der Rettungskräfte vermisst konkrete Angaben zur Einsatzsituation. Darin könnte u. a. der Grund für die überwiegend als überraschend wahrgenommenen Angriffe liegen. Lorei u. a. weisen darauf hin, dass sich für den Polizeibereich gezeigt hat, dass adäquate Vorabinformationen zu den Gegebenheiten am Einsatzort einen Übergriff zwar nicht immer verhindern, aber die Schwere der Folgen reduzieren können (vgl. 2019: 63).

## **5.4 Öffentlichkeitsarbeit**

Eine offensive Kommunikation von Gewalterfahrungen nach innen und außen kann zur Sensibilisierung der Bevölkerung beitragen (vgl. Rau/Leuschner 2018: 329). Die Herstellung gemeinschaftlicher Bezüge, beispielsweise in Form eines Tags der offenen Tür, kann das solidarische Miteinander stärken. Eine faktisch wirksame Perspektivenübernahme der Menschen wäre eine Maxime für die Gestaltung alltäglicher Begegnungen, die zu befolgen allen zugutekäme (vgl. Allert 2019: 7). Takt- und Distanzlosigkeit gilt es im Kommunikationsverhalten, insbesondere in den sozialen Medien, zu vermeiden. Sie befördern tendenziell eine Radikalisierung.

## 6 Fazit

### 6.1 Entwicklung des Gewaltgeschehens

Die Frage, wie sich das Gewaltgeschehen gegen Einsatzkräfte in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland und Thüringen entwickelt hat, lässt sich mit den vorliegenden Daten und Befunden aus amtlichen Statistiken und kriminologischen Dunkelfelduntersuchungen nicht eindeutig beantworten. Es gibt weder eine deutschland- noch eine thüringenweite wissenschaftliche Langzeituntersuchung. Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist eine Hellfeldstatistik, die im Wesentlichen von der Anzeigebereitschaft abhängt.<sup>8</sup>

Aus den vorliegenden empirischen Daten lassen sich folgende Thesen ableiten:

- Einsatzkräfte erfahren im Vergleich zur Gesamtbevölkerung häufiger Gewalt.
- Einfache Körperverletzungsdelikte nehmen nur beim Rettungsdienst kontinuierlich zu. Bei der Feuerwehr sind sie auf geringem Niveau über die Jahre stabil. Inwiefern die Kriminalitätszunahme auf eine Gewaltzunahme zurückzuführen ist, bleibt fraglich.<sup>9</sup> Sie könnte ebenso gut in einer höheren Anzeigebereitschaft der Einsatzkräfte begründet liegen.
- Die Zunahme an Körperverletzungen geht in Thüringen mit einer Zunahme an Einsätzen einher, so dass die Fallzahlen in Relation zur Einsatzanzahl vermutlich nicht ansteigen.
- Schwere und gefährliche Körperverletzungen bleiben über die Jahre auf einem relativ stabilen, niedrigen Level.
- Einsatzkräfte sind unterschiedlich stark von Gewalt betroffen, in städtischen Gebieten und im Rettungseinsatz häufiger als im ländlichen Bereich und im Brandeinsatz.
- Die Anzeigebereitschaft ist gering. Viele Übergriffe werden nicht angezeigt.

---

<sup>8</sup> Zu den Einschränkungen der Aussagekraft der PKS vgl. Dienstbühl 2018.

<sup>9</sup> Feltes/Weigert konnten in NRW bei den Rettungsdiensten keine Steigerung der Gewalthäufigkeit zwischen 2012 und 2018 feststellen.

- Die Kriminalitätsfurcht der Einsatzkräfte in Bezug auf Körperverletzungen unterscheidet sich nicht von der der Allgemeinbevölkerung.

Öffentlich bekundete Aussagen über eine Zunahme der Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes können im Rahmen dieser Untersuchung weder bestätigt, noch zweifelsfrei widerlegt werden. Ein häufig gefordertes verpflichtendes Meldesystem über Angriffe würde das Erkenntnisproblem nicht lösen, weil es analog der PKS von der individuellen Situationsbewertung bestimmt werden würde, die wesentlich von der eigenen Vulnerabilität und Professionalität sowie aktuell vorherrschenden organisationalen und öffentlichen Deutungsmustern abhängt. Um evidenzbasierte kriminalpolitische Entscheidungen treffen zu können, würde es wissenschaftlich angelegte Langzeitstudien mit vergleichbaren Untersuchungsdesigns bedürfen.

Dass Einsatzkräfte trotz stärkerer Gewaltbetroffenheit keine größere Kriminalitätsfurcht im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung zeigen, verweist darauf, dass körperliche Angriffe bis zu einem gewissen Maß hingenommen und nicht problematisiert werden. Dafür würde die geringe Anzeigebereitschaft sprechen, die alternativ jedoch auch durch ein fehlendes Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte bzw. die Erwartung einer Verfahrenseinstellung motiviert sein kann. Eine Forschungslücke besteht in diesem Zusammenhang hinsichtlich der Fragestellung, wer aus welchen Gründen Gewalt gegen Einsatzkräfte öffentlich problematisiert. Sind es tatsächlich die Einsatzkräfte selbst – und wenn ja welche – oder sind es eher Gewerkschafts- und Verbandsfunktionäre, Führungskräfte oder Politiker – allesamt Personen, die selbst vermutlich kaum direkt von Gewalt im Einsatz betroffen sind und anderen Systemlogiken unterliegen.

## **6.2 Entstehung von Gewalt**

Gewaltursachen und -dynamiken sind sehr vielfältig. Ein und dieselbe Ursache kann, muss aber nicht in Gewalt münden und ein und dieselbe Gewaltform kann unterschiedliche Gründe haben. In der Literatur wird Gewalt gegen Einsatzkräfte mit einem zunehmenden Bedürfnis nach Unabhängigkeit und Autonomie der Menschen,

fehlender Langsicht in den Handlungsketten, einer nutzenorientierten Handlungsweise und Beziehungsbewertung sowie einem allgemeinen Autoritäts- und Manierenverlust in der Gesellschaft erklärt. Die individuelle Abstumpfung einzelner Retter sowie ein organisationskulturell bedingter dominanter oder zurückhaltender Kommunikationsstil können die Gewaltdynamik ebenfalls negativ beeinflussen.

Ein Forschungsdefizit besteht in fehlenden Einzelfallrekonstruktionen, die der Eigendynamik gewalttätiger Verläufe gerecht werden. Es dominieren subsumtionslogische Forschungsansätze, in denen vorab definierte Kriterien nach ihrem Auftreten abgefragt werden. Untersuchungen einzelner Handlungssequenzen der Gewaltverläufe finden sich kaum. Ein großes Problem, vor dem die Gewaltforschung steht, ist der Umstand, dass Gewalt selten auftritt. Unter forschungsökonomischen Gesichtspunkten ist es kaum vertretbar, auf „die Nadel im Heuhaufen“ – sprich auf das direkte Beobachten und Protokollieren von Gewalt – zu warten, von damit in Zusammenhang stehenden ethischen Problemen ganz zu schweigen. Die Befragung der Beteiligten bleibt oft der einzige Weg, Erkenntnisse zu Tage zu fördern. In der Forschungsliteratur dominieren Befragungen von Einsatzkräften. Täterbefragungen konnten bei der Literatursichtung nicht gefunden werden. Gründe dafür liegen vermutlich in der zu erwarteten Färbung der Darstellungen in Richtung soziale Erwünschtheit, fehlender Interviewbereitschaft oder datenschutzrechtlicher Belange. Täter müssen sich vor strafrechtlichen Konsequenzen ihres Tuns schützen und Behörden müssen die rechtlichen Bestimmungen bei der Übermittlung von Daten an Forschungseinrichtungen beachten.

### **6.3 Handlungsempfehlungen und Präventionsmaßnahmen**

Etwa 70 % der Angriffe auf Rettungskräfte gehen von den behandelten Personen aus und ca. 20 % von deren Angehörigen. Nur etwa 10 % fallen auf Unbeteiligte und Schaulustige. (vgl. Rau/Leuschner 2018: 324f., Schmidt 2012: 14, Feltes/Weigert 2018: 37). Eine entscheidende Präventionsmaßnahme wird deshalb in einer stärkeren Professionalisierung der Einsatzkräfte im Bereich persönlicher und kommunikativer Kompetenzen gesehen. Ein erster Schritt ist mit der Verabschiedung des Notfallsanitätäergesetzes im Jahr 2014 getan. Es regelt eine um ein Jahr verlängerte Ausbildung gegenüber dem vorherigen Beruf des Rettungsassistenten und ermöglichte

die Verabschiedung einer Ausbildungs- und Prüfungsverordnung, die auch personale und soziale Kompetenzen beinhaltet. Ein qualifiziertes Notrufmanagement, eine bessere Zusammenarbeit mit der Polizei und ein offener, partizipativer Kommunikationsstil inner- und außerhalb der Wachen kann Gewalt ebenfalls vorbeugen.

Auffällig ist eine Diskrepanz zwischen Gewalterklärungen und vorgeschlagenen Präventionsmaßnahmen. Während sich die Handlungsempfehlungen stark auf die Einsatzkräfte fokussieren, werden in den wissenschaftlichen Erklärungen vor allem gesamtgesellschaftliche Entwicklungen für verbale und körperliche Angriffe auf Einsatzkräfte verantwortlich gemacht. Dies mag am Gegenstandsbereich der Sozialwissenschaften liegen, kann aber für die Präventionsarbeit nicht ignoriert werden. Vorbeugende Maßnahmen zum Schutz der Einsatzkräfte vor Übergriffen müssen in eine gesamtgesellschaftliche Strategie der Gewaltprävention eingebunden werden. Sie können nicht isoliert von anderen Gewaltformen in der Gesellschaft betrachtet werden.<sup>10</sup>

#### **6.4 Ausblick**

In Thüringen wird das Thema „Gewalt gegen Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdienst“ in einer eigenen Arbeitsgruppe des Landespräventionsrats bearbeitet. Derzeit findet die Auswertung einer standardisierten Befragung statt. In ihr werden Angaben zu dienstlichen Gewalterfahrungen, zu Situationsmerkmalen der Übergriffe, zum Angriff und Angreifer erhoben. Darüber hinaus sind Interviews mit Einsatzkräften geplant, um Typen von Gewaltdynamiken zu identifizieren. Neben diesem Erkenntnisinteresse ist ein weiteres Ziel, die Fälle für eine praxisnahe Aus- und Fortbildung zu nutzen.

Eine gesamtgesellschaftliche Betrachtung von Maßnahmen der Gewaltprävention erfolgt in einer zweiten Arbeitsgruppe. Die AG „Gewalt- und Radikalisierungsprävention“ verfolgt das Ziel, bereits aktive Präventionsakteure in diesem Bereich zu vernetzen und ihnen neue Impulse aus Wissenschaft, Forschung und Praxis zu geben.

---

<sup>10</sup> Vgl. hierzu auch Zick 2019b. In einem Interview bemerkt er, dass es keinen Sinn mache, nach bestimmten Opfergruppen zu differenzieren. Das Sorge nur dafür, dass bestimmte Gewaltformen nicht sanktioniert werden.



Ihnen soll die Möglichkeit eröffnet werden, ihre Konzepte abgestimmt und evidenzbasiert weiter zu entwickeln.

## Literatur

Allert, Tilman (2019): Manieren gesucht! Brauchen wir neue Regeln des Umgangs. <https://www.swr.de/swr2/programm/download-swr-14128.pdf> [22.04.2020]

Arendt, Hannah (1990): Macht und Gewalt. München: Piper.

Birkel, Christoph u. a. (2019): Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017. Opfererfahrungen, kriminalitätsbezogene Einstellungen sowie die Wahrnehmung von Unsicherheit und Kriminalität in Deutschland. Wiesbaden: BKA.

Bundesministerium des Inneren (BMI): PKS 2018 - ausgewählte Zahlen im Überblick. [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/pks-2018.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/pks-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=3) [20.02.2020].

Collins, Randall (2011): Dynamik der Gewalt. Eine mikrosoziologische Theorie. Hamburg: Hamburger Edition.

Dienstbühl, Dorothee (2018): Zwischen Realität und Erfassung – Kriminalität als Politikum. In: Deutsche Polizei 9/2018, S. 4-10.

Dressler, Janina Lara (2017): Gewalttätige Übergriffe auf Rettungskräfte. In: forum kriminalprävention 3/2017, S. 3-6.

Feltes, Thomas/Weigert, Marvin (2018): Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste in Nordrhein-Westfalen. [https://www.unfallkasse-nrw.de/fileadmin/server/download/PDF\\_2018/Abschlussbericht\\_Gewalt\\_gegen\\_Einsatzkraefte.pdf](https://www.unfallkasse-nrw.de/fileadmin/server/download/PDF_2018/Abschlussbericht_Gewalt_gegen_Einsatzkraefte.pdf) [05.02.2020].

GfK Verein (2018): Pressemitteilung. [www.nim.org](http://www.nim.org) [18.02.2020].

Goffman, Erving (2013): Interaktionsrituale. Über Verhalten indirekter Kommunikation. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hoebel, Thomas (2019): Woher kommt die Gewalt? FAZ, 04.12.2019.

Hoebel, Thomas/Knöbl, Wolfgang (2019): Gewalt erklären! Plädoyer für eine entdeckende Prozesssoziologie. Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlag.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2019): Ergebnisse einer Repräsentativumfrage unter insgesamt 1.007 Wahlberechtigten in Deutschland. [https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/respekt\\_\[01.04.2020\]](https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/respekt_[01.04.2020]).

Lorej, Clemens/Ellrich, Karoline/Hartmann, Julia/Müller, Jennifer (2019): Gewalterfahrungen im Rettungsdienst. Häufigkeit, situative Umstände und Folgen. In: *Polizei & Wissenschaft* 3/2019, S. 35-66.

Paris, Rainer (2014): *Der Wille des Einen ist das Tun des Anderen. Aufsätze zur Machttheorie.* Weilerswist: Velbrück GmbH.

Pfeiffer, Christian/Baier, Dirk/Kliem, Sören (2018): Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland Schwerpunkte: Jugendliche und Flüchtlinge als Täter und Opfer. <https://www.bmfsfj.de/blob/121226/0509c2c7fc392aa88766bdfaeaf9d39b/gutachten-zur-entwicklung-der-gewalt-in-deutschland-data.pdf> [13.05.2020].

Pörksen, Bernhard (2019): *Die grosse Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung.* München: Carl Hanser Verlag.

Rau, Matthias/Leuschner, Fredericke (2018): Gewalterfahrungen von Rettungskräften im Einsatz – Eine Bestandsaufnahme der empirischen Erkenntnisse in Deutschland. In: *NK* 30. Jg. 3/2018, S. 316-335.

Schmidt, Julia (2012): Gewalt gegen Rettungskräfte. Bestandsaufnahme zur Gewalt gegen Rettungskräfte in Nordrhein-Westfalen. [https://www.unfallkasse-nrw.de/fileadmin/server/download/PDF\\_2012/Gewalt\\_gegen\\_Rettungskraefte.pdf](https://www.unfallkasse-nrw.de/fileadmin/server/download/PDF_2012/Gewalt_gegen_Rettungskraefte.pdf) [24.01.2019].

Schmidt, Ralf/Bannenberg, Britta (2020): Gewalt gegen Polizeibeamte – wie Verhaltensprognosen Leben retten. In: *Kriminalistik* 2/2020, S. 67-73.

Sutterlüty, Ferdinand (2019): Neue Toolbox für die Gewaltforschung. <https://soziopolis.de/lesen/buecher/artikel/neue-toolbox-fuer-die-gewaltforschung/> [16.04.2020]

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales – TMIK(2019): PKS Thüringen, S. 17. [www.innen.thueringen.de/fileadmin/th3/polizei/Statistiken/PKS\\_2018.pdf](http://www.innen.thueringen.de/fileadmin/th3/polizei/Statistiken/PKS_2018.pdf) [01.04.2020].

Universität Witten/Herdecke (o. J.): Förderung des Ehrenamtes der Feuerwehren in NRW. [https://www.im.nrw/sites/default/files/media/document/file/Bericht\\_Symposium\\_Buergerschaftliches\\_Engagement\\_und\\_zivile\\_Sicherheit.pdf](https://www.im.nrw/sites/default/files/media/document/file/Bericht_Symposium_Buergerschaftliches_Engagement_und_zivile_Sicherheit.pdf) [04.05.2020].

Yildirim-Krannig, Y./Mähler, M./Wucholt, F. (2013): Eine kulturtheoretische Betrachtung von Feuerwehren im Wandel – eine Momentaufnahme. In: Jenki, M., Ellebrecht, N., Kaufmann, S. (Hrsg.): Organisationen und Experten des Notfalls. Zum Wandel von Technik und Kultur bei Feuerwehr und Rettungsdiensten. Münster: LIT Verlag.

Zick, Andreas (2019a): [www1.wdr.de/nachrichten/interview-gewaltforscher-zick-100.html](http://www1.wdr.de/nachrichten/interview-gewaltforscher-zick-100.html) [28.10.2019]

Zick, Andreas (2019b): Pöbeln, Anschreien, Prügeln. Warum gehen wir so miteinander um? (Exakt. Die Story). Mitteldeutscher Rundfunk, Sendung vom 03.04.2019. 20:45 Uhr.

## **Impressum**

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales  
Geschäftsstelle Landespräventionsrat Thüringen  
Steigerstraße 24  
99096 Erfurt

Telefon: +49 (0) 361 57-3313-245  
[lpr@tmik.thueringen.de](mailto:lpr@tmik.thueringen.de)